

Deutscher Herold

Versorgungskasse der
Deutscher Herold
Versicherungsgesellschaften
Versicherungsverein a.G., Köln

Jahresabschluss und Lagebericht 2024

Inhaltsverzeichnis

Verwaltungsorgane der Versorgungskasse	1
Lagebericht des Vorstandes	3
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024	15
Bilanz zum 31. Dezember 2024	15
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024	17
Anhang Angaben zur Bilanzierung und Bewertung	20
Angaben zur Bilanz	23
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	27
Allgemeine Angaben	28
Bericht des unabhängigen Abschlussprüfers	29
Bericht des Aufsichtsrates	32

Verwaltungsorgane der Versorgungskasse

Aufsichtsrat

Markus Lawitzke	Vorsitzender Mitarbeiter der Zürich Beteiligungs-Aktiengesellschaft (Deutschland)	
Manfred Haberer	Stellvertretender Vorsitzender Mitarbeiter der Zürich Beteiligungs-Aktiengesellschaft (Deutschland)	
Volker Hippler	Mitglied des Betriebsrates Köln der Zurich Gruppe Deutschland	bis 31.05.2024
Uwe Schöpe	Mitglied des Vorstandes der Zürich Beteiligungs-Aktiengesellschaft (Deutschland)	
Sven Wellerdick	Mitglied des Betriebsrates Köln der Zurich Gruppe Deutschland	seit 01.06.2024

Vorstand

Stefan Henk	Vorsitzender Operations, IT, Interne Revision	
Armin Hildebrand	Stellvertretender Vorsitzender Finanzen und Kapitalanlagen	
Ralf Dieckmann	Governance Funktionen (Compliance, Risk Management, Fraud, Datenschutz)	
Volker Hippler	Fachvorstand bAV	seit 01.01.2025
Kersten Marunde	Fachvorstand bAV	bis 31.12.2024

Lagebericht des Vorstandes

Hiermit legen wir den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 der Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften Versicherungsverein a.G. (nachfolgend Versorgungskasse genannt) vor.

Allgemeines

Als einzige Versicherungsart wird die Pensionsversicherung (Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrentenversicherung) für eigene Rechnung betrieben, ohne dass Abgaben zur Rückversicherung erfolgen.

Die Versorgungskasse ist eine Pensionskasse in der Rechtsform eines kleineren Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit gemäß § 210 VAG und unterliegt der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Trägerunternehmen der Versorgungskasse sind folgende Unternehmen der Zurich Gruppe Deutschland:

DEUTSCHER HEROLD Aktiengesellschaft, Köln und die

Zurich Deutscher Herold Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Köln.

Der Versorgungskasse angeschlossen sind weiterhin bestimmte gegenwärtige mit den Trägerunternehmen i. S. d. §§ 15 ff. AktG verbundenen folgende Unternehmen der Zurich Gruppe Deutschland :

- DA Deutsche Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
- Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft, Köln
- REAL GARANT Versicherung Aktiengesellschaft, Denkendorf.
- TDG Tele Dienste GmbH, Frankfurt am Main
- Zürich Beteiligungs-Aktiengesellschaft (Deutschland), Frankfurt am Main (auch als mittelbare Rechtsnachfolgerin der Bonner Akademie Gesellschaft für DV- und Management Training, Bildung und Beratung mbH, Bonn und der Zürich Vertriebs GmbH sowie als direkte Rechtsnachfolgerin der Zürich Service GmbH, Bonn und der Zurich GI Management AG (Deutschland), Frankfurt am Main, jeweils kraft Verschmelzung)
- Zurich Kunden Center GmbH, Frankfurt am Main
- Zurich Rechtsschutz Deutschland GmbH, Köln
- Zurich Vertriebs und Beratungs GmbH, Frankfurt am Main
- Zurich Insurance Europe AG Niederlassung für Deutschland, Frankfurt am Main (auch als Rechtsnachfolger der Baden-Badener Versicherung AG, St. Ingbert kraft Verschmelzung).

Geschäftsverlauf und Lage der Versorgungskasse

Deutsche Wirtschaft im Jahr 2024 im anhaltenden Stillstand

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland wurde auch im Jahr 2024 von anhaltenden Herausforderungen geprägt und befand sich daher weiterhin in Stagnation. Globale Unsicherheiten und strukturelle Belastungen führten zu einer schwierigen wirtschaftlichen Gesamtsituation. Die Energiepreise waren nach der Energiekrise deutlich zurückgegangen, haben sich aber oberhalb des Vor-Corona-Niveaus stabilisiert. Die verhaltene Investitionstätigkeit setzte sich weiterhin fort, während internationale Konkurrenz und eine schwächelnde Exportwirtschaft das Wachstum weiter hemmten. Geopolitische Spannungen, darunter anhaltende Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten, erhöhten die wirtschaftliche Unsicherheit und belasteten die globalen Handelsbeziehungen. Zudem wurde die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr durch innenpolitische Herausforderungen geprägt. Der Bruch der Ampelkoalition im November 2024 führte zu politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten und zahlreiche Gesetzesvorhaben wurden vorerst gestoppt. Der Klimawandel blieb eine zentrale, langfristige Herausforderung und verstärkte die Notwendigkeit eines effizienten und effektiven Klimaschutzes. Damit prägten sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Faktoren das Jahr 2024 und beeinflussten eine wirtschaftliche Erholung negativ.

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts sank die Wirtschaftsleistung in Deutschland im zweiten Jahr in Folge. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 % zurück. Deutschland ist damit der einzige große EU-Mitgliedsstaat, der einen Rückgang der Wirtschaftsleistung verzeichnete. Verglichen mit dem Vor-Corona-Jahr 2019 wuchs das BIP in Deutschland 2024 lediglich um 0,3 % und ist damit im europäischen Vergleich weniger stark als in vielen anderen EU-Mitgliedsstaaten gewachsen.

Parallel dazu stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nach aktuellen Schätzungen im Jahr 2024 deutlich an. Dem Statistischem Bundesamt folgend haben die Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2024 den Durchschnittswert der Jahre vor der Corona-Pandemie

überstiegen. Besonders betroffen waren die Branchen Verkehr und Lagerei, gefolgt vom Baugewerbe, den Unternehmensdienstleistungen und dem Gastgewerbe.

Die Dienstleistungsbereiche insgesamt entwickelten sich im Jahr 2024 mit einem Plus von 0,8 % zwar positiv, zeigten jedoch ein uneinheitliches Bild. Während der Einzelhandel und Verkehrsdienstleister Zuwächse verzeichneten, mussten der Kfz- und Großhandel sowie die Gastronomie Rückgänge hinnehmen. Die Bruttowertschöpfung der Unternehmensdienstleistungen stagnierte ebenfalls. Dagegen setzte der Wirtschaftsbereich Information und Kommunikation seinen Wachstumskurs mit einem Plus von 2,5 % fort. Auch die vom Staat geprägten Bereiche wie öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht sowie das Gesundheitswesen trugen zusammen mit einem Anstieg der Bruttowertschöpfung um 1,6 % zur positiven Entwicklung bei.

Im Verarbeitenden Gewerbe hingegen nahm die Bruttowertschöpfung gegenüber dem Vorjahr um 3,0 % ab. Besonders stark betroffen waren der Maschinenbau und die Automobilindustrie, die deutlich weniger produzierten. Auch in energieintensiven Industriezweigen wie der Chemie- und Metallindustrie blieb die Produktion auf niedrigem Niveau.

Im Baugewerbe fiel der Rückgang mit 3,8 % sogar noch deutlicher aus als im Verarbeitenden Gewerbe. Hohe Baupreise und Zinsen führten dazu, dass insbesondere weniger Wohngebäude errichtet wurden. Auch das Ausbaugewerbe verzeichnete Produktionsrückgänge. Einzig der Tiefbau konnte von der Modernisierung und dem Neubau von Straßen, Bahnverkehrsstrecken und Leitungen profitieren und ein leichtes Plus erzielen.

Der deutsche Außenhandel entwickelte sich im Jahr 2024 insgesamt schwach und konnte sich trotz der positiven Entwicklung auf den deutschen Exportmärkten nicht von den Krisenjahren 2020 bis 2022 erholen. Besonders die verschlechterte preisliche Wettbewerbsfähigkeit, vor allem gegenüber China, belastete den deutschen Außenhandel. Nach vorläufigen Berechnungen sanken die Exporte im Jahr 2024 preisbereinigt um 0,2 % und die Importe preisbereinigt um 1,1 %.

Trotz eines Anstiegs der Erwerbstätigenzahl zeigte der deutsche Arbeitsmarkt 2024 zunehmend Anzeichen von Belastungen und einer nachlassenden Wachstumsdynamik, die insbesondere gegen Ende des Jahres zum Erliegen kam. Gegenüber dem Wert von 2023 verzeichnete der deutsche Arbeitsmarkt ein Wachstum von 0,2 %, was mit durchschnittlich 46,1 Millionen Erwerbstätigen abermals einen neuen Höchststand markierte. Während die Dienstleistungsbereiche ein Beschäftigungswachstum von 0,4 % verzeichneten und damit als einziger Wirtschaftsbereich zum Wachstum der Erwerbstätigen beitrug, sank die Zahl der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe (-0,6 %) und im Baugewerbe (-1,1 %).

Die privaten Konsumausgaben stiegen nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamts nur geringfügig um 0,2 % im Vergleich zum Vorjahr, während die Sparquote hoch blieb. Damit liegen sie weiterhin knapp unter dem Vorkrisenniveau des Jahres 2019 (-0,1 %). Ursächlich hierfür sind neben wirtschaftlicher Unsicherheit vor allem die weiterhin hohen Verbraucherpreise. Deutlich stärker als die privaten Konsumausgaben erhöhten sich im Jahr 2024 die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates mit einem Plus von 2,6 %. Dieser Anstieg ist insbesondere auf die merklich gestiegenen sozialen Sachleistungen des Staats zurückzuführen. Zusätzliche Treiber waren die erhöhten Ausgaben für Gesundheit, öffentliche Verwaltung sowie Erziehung und Unterricht.

Im Jahr 2024 haben sich die Verbraucherpreise in Deutschland laut Prognose des Sachverständigenrats um 2,2 % gegenüber 2023 erhöht. Der Rückgang der Inflationsrate gegenüber den Vorjahren wurde vor allem durch sinkende Energiepreise begünstigt, die bereits seit mehreren Quartalen rückläufig waren. Die Nahrungsmittelpreise blieben jedoch weiterhin auf einem erhöhten Niveau. Trotz der moderateren Inflation belasteten diese Entwicklungen die privaten Haushalte spürbar, da die Kaufkraft angesichts der anhaltenden Unsicherheiten und der eingeschränkten Konsumbereitschaft nur begrenzt profitieren konnte.

Die globale Wirtschaft im Jahr 2024 ist weiterhin von den Nachwirkungen der Pandemie, aber vor allem von geopolitischen Spannungen geprägt. Die Energiekrise, ausgelöst durch anhaltende Konflikte, trifft auf eine fragile wirtschaftliche Erholung und verschärft bestehende Ungleichheiten sowie Umwelt- und Sicherheitsrisiken. Regierungen stehen vor der schwierigen Aufgabe, Inflationsdruck, steigende Staatsschulden und soziale Spannungen in Einklang zu bringen, während geopolitische Unsicherheiten den Handlungsspielraum einschränken. In der Eurozone zeigt sich dies besonders in einem wirtschaftlich herausfordernden Umfeld, das von anhaltender Inflation und gesellschaftlichen Spannungen geprägt ist.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Die Kapitalmarktentwicklung im Jahr 2023 wurde maßgeblich von den Themen Inflation, Geldpolitik, Wahlen und Geopolitik geprägt. Gegen Ende des Jahres 2023 gingen viele Marktteilnehmende, bedingt durch die bereits zurückgegangene Inflation, von mehreren Zinssenkungen durch die Zentralbanken ab dem Frühjahr 2024 aus. Allerdings überraschten höhere veröffentlichte Inflationszahlen zu Beginn des Jahres, sodass die Zinssenkungen von den Zentralbanken zunächst verschoben wurden. Dem starken Rückgang der Zinsen gegen Ende 2023 folgte somit ein gradueller Zinsanstieg, der etwa bis Mitte 2024 andauerte. Da die Inflationszahlen jedoch im Laufe des Jahres weiter zurückgingen, wurde die Zinsentwicklung ab Mitte des Jahres erneut von der Erwartung weiterer Leitzinssenkungen durch die Zentralbanken geprägt. Diese traten dann tatsächlich ein, da die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen im Juni erstmals um 0,25 % und die US-Notenbank (FED) im September erstmals um 0,5 % senkten. Anschließend folgten bis zum Jahresende weitere Leitzinssenkungen beider Zentralbanken. Die Entwicklungen der Inflationszahlen und die erwarteten Leitzinssenkungen führten zu einer erhöhten Volatilität am Anleihenmarkt. Trotz der erhöhten Volatilität innerhalb des Jahres rentierten zehnjährige deutsche Staatsanleihen Ende 2024 im Vergleich zum Vorjahr nur etwa 0,3 % höher. Einen deutlicheren Zinsanstieg der zehnjährigen Staatsanleihen über das Gesamtjahr von anfangs ca. 2,6 % auf knapp 3,2 % musste hingegen Frankreich verkraften. Dafür verantwortlich

sind die hohe Staatsverschuldung sowie die politische Unsicherheit hervorgerufen durch vorgezogene Parlamentswahlen, die in keinen stabilen Mehrheiten resultierten und die Budgetverhandlungen über den Haushalt bis heute erschweren. Diese Gemengelage in Kombination mit einem hohen Defizit von ca. 6 % der Wirtschaftsleistung hat die Risikoaufschläge für französische Staatsanleihen teilweise stark steigen lassen. Gegenteilig wiederum verhielt es sich bei europäischen Unternehmensanleihen, die im Jahresverlauf rückläufige Risikoaufschläge verzeichneten, was durch solide Fundamentaldaten unterstützt wurde und somit insgesamt in einer positiven Kursentwicklung mündete. Der Aktienmarkt entwickelte sich besonders stark, angetrieben durch solide Unternehmensgewinne und hohe Erwartungen bezüglich Effizienzsteigerungen durch künstliche Intelligenz. Auch eine unerwartet veränderte Geldpolitik der japanischen Zentralbank, die zwischenzeitlich für Turbulenzen an den Aktien- und Anleihenmärkten sorgte, konnte den aufsteigenden Trend an den Aktienmärkten nicht nachhaltig aufhalten. Weiteren Rückenwind erhielt besonders der amerikanische Aktienmarkt durch die Wahl Donald J. Trumps zum nächsten US-Präsidenten, während die Aussicht auf eine inflationstreibende Politik und eine steigende Staatsverschuldung amerikanische Staatsanleihen negativ beeinflussten. Der Immobilienmarkt litt unter dem hohen Zinsniveau und dadurch erschwerten Finanzierungsbedingungen, was weiterhin zu einem geringen Transaktionsvolumen und anhaltenden Preiskorrekturen führte. Die erwartete Stabilisierung ist nur zum Teil eingetreten. Innerhalb des Immobilienmarkts musste vor allem der Büroimmobiliensektor weitere Preisrückgänge verkraften, während auf den Logistikimmobilienmärkten bereits wieder positive Kapitalwertentwicklungen verzeichnet werden konnten.

Bestandsentwicklung

Der Bestand der Versorgungskasse betrug am Ende des Berichtsjahres 549 Anwärter, 1.183 Altersrentner, 7 Invaliden- und 232 Hinterbliebenenrentner. Die Versorgungskasse ist seit dem Geschäftsjahr 1997 beitragsfrei gestellt. Seitdem ist es der Versorgungskasse satzungsgemäß verwehrt, neue ordentliche Mitglieder aufzunehmen.

Aufgrund des Gesetzes über den Versorgungsausgleich sind Versorgungsausgleichsberechtigte im Falle der rechtskräftigen Feststellung des Versorgungsausgleichsanspruchs hinsichtlich der Rentenansprüche dem Versorgungsverspflichteten gleich zu stellen und sind in diesem Zusammenhang gleich einem ausgeschiedenen Arbeitnehmer zu behandeln. Vor diesem Hintergrund können Versorgungsausgleichsberechtigte die außerordentliche Mitgliedschaft, für die die Beitragsfreistellung unverändert gilt, in der Versorgungskasse erwerben. Im Berichtsjahr verzeichnete die Versorgungskasse keinen Zugang.

Der Anwärter-Bestand der Versorgungskasse reduzierte sich um 50 Mitglieder (Vorjahr: 67). Davon wechselten 48 in den Ruhestand (Vorjahr: 65), einer wurde berufs- oder erwerbsunfähig (Vorjahr: 0) und einer verstarb (Vorjahr: 2).

Über alle Rentenempfänger gesehen, waren 55 Sterbefälle zu verzeichnen (Vorjahr: 50). An 20 Hinterbliebene wurde erstmals Rente gezahlt (Vorjahr: 18).

Die erreichte Jahresrentenanwartschaft verringerte sich von 1,5 Mio. EUR auf 1,4 Mio. EUR (-9,5 %). Somit betrug die durchschnittliche Jahresrentenanwartschaft 2.553 EUR.

Die Jahresrenten aller Rentenempfänger stiegen leicht und betrugen 9,2 Mio. EUR. Dagegen sank die durchschnittliche Jahresrente auf 6.442 EUR. Betrachtet man nur die Altersrentenempfänger, so ergibt sich eine durchschnittliche Jahresrente von 6.836 EUR. Weitere Einzelheiten über die Bewegung des Versicherungsbestandes sind der Aufstellung auf den Seiten 13 und 14 zu entnehmen.

Beitragseinnahmen

Die Versorgungskasse wurde zum 1.7.1997 beitragsfrei gestellt. Insofern sind im Berichtsjahr keine Beitragseinnahmen zu verzeichnen.

Verwaltungskosten

Da die Organe der Versorgungskasse ehrenamtlich tätig sind und die auftretenden Verwaltungskosten von den Trägerunternehmen zum größten Teil getragen wurden, entstanden der Versorgungskasse hieraus nur sehr geringe Aufwendungen.

Versicherungsleistungen

Die Aufwendungen der Versorgungskasse für Rentenleistungen (ohne Regulierungsaufwendungen) betrugen 9,2 Mio. EUR und blieben gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant.

Kapitalanlagen

Der Bestand an Kapitalanlagen sank gegenüber dem Vorjahr um 3,04 % und gliedert sich in:

	31.12.2024		31.12.2023	
	EUR	%	EUR	%
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.797.643,42	7,41	11.061.323,75	7,36
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	58.523.433,99	40,16	58.808.747,78	39,13
Hypotheken-, Grundschild- und Namensschuldverschreibungen	62.000.000,00	42,54	67.000.000,00	44,58
Schuldscheinforderungen und Darlehen	13.325.110,78	9,14	13.385.115,29	8,91
Einlagen bei Kreditinstituten	1.082.049,74	0,74	35.005,77	0,02
	145.728.237,93	100,00	150.290.192,59	100,00

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen sanken gegenüber dem Vorjahr von 5,9 Mio. auf 5,35 Mio. EUR. Abhängig davon beträgt die laufende Durchschnittsverzinsung 2,75 % (Vorjahr: 3,22 %) gerechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. empfohlenen Ermittlungsmethode.

Versicherungstechnische Passiva

Die versicherungstechnischen Passiva hatten zum Ende des Geschäftsjahres insgesamt eine Höhe von 141,3 Mio. EUR (Vorjahr: 146,3 Mio. EUR). Die Deckungsrückstellung bildet davon die größte Position mit 134,6 Mio. EUR. Sie reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Mio. EUR (2,3 %). Dazu gehört ebenfalls die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung in Höhe von 6,7 Mio. EUR und die Rückstellung für noch nicht abgewinkelte Versicherungsfälle in Höhe von 4,4 Tsd. EUR.

Rohüberschuss

Das Rohergebnis des Geschäftsjahres sank von 1.141.181,18 EUR im Vorjahr auf 156.788,92 EUR. Davon wurden nach § 32 Abs. 2 der Satzung 10 % der Verlustrücklage gemäß § 193 VAG zugewiesen, die sich somit um 15.678,89 EUR auf 6.878.215,20 EUR erhöhte. Die restlichen 141.110,03 EUR wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

Solvabilität

Der geforderten Solvabilitätsspanne von 5,7 Mio. EUR stehen Eigenmittel ohne die Berücksichtigung von stillen Reserven in Höhe von 12,6 Mio. EUR gegenüber. Die Solvabilitätsquote beträgt 221,8 % (Vorjahr 216,1 %).

Überschussbeteiligung

Die Vertreterversammlung der Versorgungskasse beschloss am 23.07.2024 folgende vom Vorstand und dem Verantwortlichen Aktuar der Versorgungskasse vorgeschlagene Überschussbeteiligung für 2025:

Die bis zum 31.12.2024 erworbenen Anwartschaften sowie die dann laufenden Renten werden ab 1.1.2025 um 0,75 % erhöht. Eine darüberhinausgehende gesonderte Beteiligung an den Bewertungsreserven erfolgt nicht. Der Beschluss steht unter der Bedingung, dass die Unbedenklichkeitserklärung der Aufsichtsbehörde vorliegt.

Die Unbedenklichkeitserklärung der Aufsichtsbehörde wurde mit Datum 18.10.2024 erteilt.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementsystem

Im Rahmen der regulären Geschäftstätigkeit wird die Versorgungskasse laufend von Chancen und Risiken begleitet. Um unter diesen Rahmenbedingungen erfolgreich zu agieren, hat der Verein ein Risikomanagementsystem aufgebaut, das in die Organisationsstruktur und die Entscheidungsprozesse integriert ist.

Ziel des Risikomanagements ist die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und damit der langfristigen und nachhaltigen Existenzsicherung des Vereins. Mit zielgerichteten Risikomanagementaktivitäten verfolgt der Verein die Optimierung seiner Risikolage, das heißt eine Begrenzung der Risiken auf ein akzeptables Niveau unter Berücksichtigung der ihnen gegenüberstehenden Chancen. Bei den Aktivitäten berücksichtigt der Verein die aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Durch die regelmäßige Anwendung von konsistenten Risikomanagementverfahren identifiziert und bewertet der Verein sein Risikopotenzial und ergreift bei Bedarf Gegensteuerungsmaßnahmen. Überschreiten die Analyseergebnisse dabei den definierten Toleranzbereich, werden risikomindernde Maßnahmen eingeleitet. Deren Umsetzung und Wirksamkeit wird anhand eines systematischen Controllings überwacht. Darüber hinaus wird durch entsprechende Prozesse gewährleistet, dass das Management zeitnah über neu auftretende Risiken informiert wird und erforderliche Maßnahmen eingeleitet werden.

Das Risikomanagement der Versorgungskasse ist durch Auslagerung auf die Zürich Beteiligungs-AG (ZBAG) in das Risikomanagement der Zurich Gruppe Deutschland (ZGD) integriert. Dem zentralen Risikomanagement, einem eigenständigen Bereich, obliegt dabei die Organisation, Verantwortlichkeitsregelung, Koordination, Überwachung und Kommunikation des Risikomanagementprozesses.

Gemäß des Jahresplans zur Risikobeurteilung wird unter anderem in Workshops mittels verschiedener Risikoanalysemethoden die Risikoidentifikation und -bewertung vorgenommen. Die daraus resultierenden Informationen werden zentral in einem System vorgehalten, sodass umfassende sowie konsistente Risikoanalysen erstellt werden können. Durch adäquate Maßnahmen im Unternehmen, aber auch durch die Umsetzung der Aktivitäten aus den verschiedenen Risikoanalysemethoden, soll eine Risikominderung erreicht werden. Die Erkenntnisse aus dem Risikomanagementprozess werden schließlich im Risikoreporting dargestellt. Das zentrale Risikomanagement agiert somit als unabhängige Risikocontrollingfunktion.

Das operative Risikomanagement findet in den Fachbereichen statt und ist somit in die Geschäfts- und Entscheidungsprozesse integriert. Grundsätzlich ist das operative Management für den unmittelbaren Umgang mit Risiken und insbesondere für das Eingehen von Risiken verantwortlich. Risikorelevante Themen werden regelmäßig in den Vorstandssitzungen der Versorgungskasse behandelt. Darüber hinaus überprüft ein mit Vorständen besetztes Gremium auf Ebene der Zurich Gruppe Deutschland regelmäßig die Einschätzungen zur Risikosituation und beschließt – erforderlichenfalls unter Abstimmung mit der Versorgungskasse – gegebenenfalls Maßnahmen zur Risikoreduktion. Zusammen mit dem zentralen Risikomanagement bewirkt dieses Gremium eine übergreifende und vernetzte Sicht auf alle zur Zurich Gruppe Deutschland gehörenden Unternehmen sowie der Versorgungskasse.

Risikoprofil

Resultierend aus dem Geschäftsmodell betreffen die maßgeblichen Risiken des Vereins die versicherungstechnischen Risiken, Risiken aus der Kapitalanlage, operationelle Risiken sowie sonstige Risiken. Diese werden im Folgenden dargestellt.

Risiken aus dem Versicherungsgeschäft

Typische versicherungstechnische Risiken einer Versorgungskasse sind das biometrische Invaliditäts- und Langlebighkeitsrisiko sowie das Zinsgarantierisiko.

Die biometrischen Risiken bestehen darin, dass die tatsächlichen Parameter nachteilig von den Annahmen abweichen, die den Kalkulationen zugrunde gelegt wurden, und dadurch höhere Leistungen für Alters-, Invaliden oder Hinterbliebenenrenten anfallen als erwartet. Der Verein begegnet den biometrischen Risiken durch regelmäßige Bestands- und Leistungsanalysen.

Das Zinsgarantierisiko bezieht sich auf den Rechnungszins (einheitlich 3,5 %), der bei ungünstigem Kapitalmarktumfeld nicht erwirtschaftet werden kann.

Der Versorgungskasse reduziert dieses Risiko insbesondere durch eine geeignete Kapitalanlage, bei der in erster Linie auf hohe Qualität und geringes Risiko der Zinstitel Wert gelegt wird. Mittels des regelmäßig durchgeführten Asset-Liability-Managements und der Planungsrechnung überprüft der Verein regelmäßig die dauernde Erfüllbarkeit der sich ergebenden Verpflichtungen.

Aufgrund des langsam auslaufenden Portfolios und den damit einhergehenden möglichen größeren Schwankungen in den Risiken wird die Verlustrücklage kontinuierlich auf bis zu 10 % der Bilanzlänge aufgefüllt, um solche möglichen Schwankungen adäquat abfangen zu können.

Chancen und Risiken aus der Kapitalanlage

Auf der Grundlage eines systematischen und strukturierten Anlageprozesses wird eine angemessene und risikoangepasste Rendite angestrebt. Ziel ist es, ein möglichst stabiles Ergebnis im Zeitablauf zu erreichen.

Daher wird insbesondere in Bezug auf die mit der Kapitalanlage verbundenen Risiken eine eher konservative Ausrichtung verfolgt. Dennoch verbleiben Handlungsspielräume, um auch an zukünftigen Ertragschancen im Finanzsektor zu partizipieren.

Die Risiken aus der Kapitalanlage lassen sich in Marktpreis-, Bonitäts- und Liquiditätsrisiken unterteilen.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiko ist das Risiko einer negativen Preisänderung einer Kapitalanlage aufgrund von Entwicklungen der zugrundeliegenden Marktrisikofaktoren. Grundsätzlich wird zwischen Zinsänderungs-, Aktienkurs-, Immobilien- und Wechselkursrisiken unterschieden, wobei für die Gesellschaft neben dem Zinsänderungsrisiko nur das Immobilienrisiko relevant ist. Aktien oder Fremdwährungsbestände sind im Anlageportfolio nicht enthalten.

Das Zinsänderungsrisiko wird durch die Festlegung von Anlagerichtlinien, einem Limitsystem, eine risikoaverse Mischung und Streuung der Anlagen sowie durch Asset-Liability-Analysen kontinuierlich überwacht und gesteuert. Zudem wird im Rahmen des Kapitalanlagemanagements die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften sichergestellt. Auswirkungen auf den Marktwert der Kapitalanlagen werden regelmäßig anhand von Szenarioanalysen sowie Stresstests modelliert.

Die Simulation des Zinsänderungsrisikos der Kapitalanlagen anhand einer Erhöhung bzw. Absenkung der Zinskurve um jeweils absolut $\pm 1\%$ ergibt bei einer durchschnittlichen Zinssensitivität von $9,1\%$, gemessen anhand der modifizierten Duration, eine Reduktion bzw. einen Anstieg des Marktwertes der zinssensitiven Anlagen um ± 12 Mio. EUR.

Immobilien stellen mit rund 13% bzw. 21 Mio. EUR einen wesentlichen Anteil des Gesamtportfolios. Aufgrund des auslaufenden Geschäfts muss dieser Bestand mittel bis langfristig schrittweise zurückgeführt werden. In 2025 wird der Verkauf einer Mischimmobilie (Wohn- und Gewerbeimmobilie) nahe dem gutachterlich ermittelten Marktwert durchgeführt. Weiterhin können Investitions- und Renovierungsbedarf sowie aktuelle Leerstände bei gewerblichen Immobilien zu Ertragsausfällen führen. Bei ungünstiger Entwicklung kann dies durch Streckung von Investitionen und Renovierungsmaßnahmen ausgeglichen werden.

Marktwertschwankungen von $\pm 10\%$ führen zu Preisänderungen von ± 2 Mio. EUR.

Bonitätsrisiko

Das Bonitätsrisiko ist das Risiko einer Bonitätsverschlechterung oder eines Ausfalls eines Wertpapiers (Emission) beziehungsweise eines Schuldners (Emittenten). Die interne Betrachtung des Bonitätsrisikos bzw. der Kreditqualität beruht auf Marktratings anerkannter Ratingagenturen. Sofern mehrere und unterschiedliche Ratings vorliegen, wird das schlechtere bei zwei Ratings bzw. das mittlere bei drei Ratings verwendet.

Die Steuerung und Begrenzung des Bonitätsrisikos erfolgt über vorgegebene Anlagerichtlinien, strenge Auswahlkriterien sowie Anlagehöchstgrenzen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Das Durchschnittsrating der bewerteten Titel im Anleiheportfolio beträgt AA und setzt sich auf Basis der Marktwerte wie folgt zusammen:

Rating	Anteil in %
AAA	39,1
AA+, AA, AA-	43,5
A+, A, A-	15,3
BBB+, BBB, BBB-	2,1

Der Anteil von Pfandbriefen im Anleiheportfolio beträgt dabei ca. 45% , gefolgt von Staats- und Länderanleihen mit 44% und Unternehmensanleihen mit 11% .

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, den Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit mangels ausreichend vorhandener liquider Mittel nicht gerecht werden zu können. Dem Risiko wird mit einer mittelfristigen Liquiditätsplanung begegnet, welche für das jeweilige Geschäftsjahr eine Prognose der Zahlungsströme auf Monatsbasis erstellt, auf deren Basis die weitere Steuerung vorgenommen wird.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken bezeichnen Risiken, die aus unzulänglichen internen Prozessen, menschlichem Handeln, Systemen oder externen Ereignissen entstehen. Dazu gehören auch Rechtsrisiken sowie Informationssicherheitsrisiken. Diese Risiken können sowohl originär in der Versorgungskasse auftreten als auch indirekt über Dienstleister, mit denen die Versorgungskasse zusammenarbeitet. Die Versorgungskasse arbeitet hauptsächlich mit Zurich-internen Dienstleistern zusammen, aber auch mit externen Dienstleistern, um bestimmte Dienstleistungen und Services abzubilden.

Operationelle Risiken ergeben sich aus der unternehmerischen Tätigkeit und sind typischerweise nicht vollständig vermeidbar. Das Risikomanagement ist darauf ausgerichtet, das operationelle Risiko auf ein akzeptables Maß zu reduzieren. Das operationelle Risiko wird im internen Modell quantifiziert, trägt jedoch aufgrund niedriger finanzieller Schadenauswirkungen nur geringfügig zur Solvabilitätskapitalanforderung bei und wird daher vorwiegend qualitativ betrachtet. Im Rahmen der qualitativen Betrachtung wird das operationelle Risiko als wesentlich für die Versorgungskasse eingestuft.

Die Versorgungskasse begegnet den operationellen Risiken mit einem adaptierten Rahmenwerk, das eng vernetzte Instrumente und Aktivitäten umfasst und auch für interne Dienstleister gilt. Vom zentralen Risikomanagement gesteuerte systematische Verfahren identifizieren, bewerten und steuern regelmäßig die operationellen Risiken.

Als eine zentrale Schutzvorrichtung dient das interne Kontrollsystem, das auf die Reduktion von Risiken in wesentlichen Geschäfts- und Finanzprozessen durch die Implementierung geeigneter Kontrollen und Maßnahmen abzielt. Die Angemessenheit und Wirksamkeit der wesentlichen Kontrollen werden quartalsweise für die wesentlichen Prozesse durch die jeweiligen Fachbereiche überprüft. Zusätzlich wird das interne Kontrollsystem regelmäßig durch externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaften geprüft.

Das Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) ist das zentrale Instrument zur Erhaltung und Verbesserung der Informationssicherheit und Steuerung von Informationsrisiken. Das ISMS dient vor allem der Abwehr von Cyberangriffen, Reduzierung von IKT-Ausfällen und den Verlust oder Diebstahl von Daten. Dedizierte Vorkehrungen, wie redundante Systeme und umfangreiche Datensicherungsverfahren sollen die Wiederherstellung kritischer Infrastruktur im Katastrophenfall sicherstellen. Antivirenprogramme, Firewalls, Verschlüsselungstechniken und Berechtigungssysteme schützen vertrauliche Daten. Regelmäßige Tests reduzieren die Fehlerhäufigkeit, und besonders schützenswerte Systeme sind gegen DDoS-Angriffe geschützt. Die kontinuierliche Überwachung und Auswertung von Fehlersituationen führt zu Verbesserungsmaßnahmen zur Fehlerminimierung.

Das Business Continuity Management der Gesellschaft entwickelt Notfallpläne zur Wiederherstellung kritischer Geschäftsprozesse im Katastrophenfall und minimiert das Risiko längerer Betriebsunterbrechungen.

Risiken im Zusammenhang mit der Erbringung externer Dienstleistungen werden systematisch identifiziert und überwacht. Zudem werden Maßnahmen und Kontrollen implementiert um identifizierte Risiken zu mitigieren.

Weiterhin werden im Rahmen des Risikomanagements operationelle Schadenereignisse systematisch erfasst und mit entsprechenden Maßnahmen versehen.

Rechtsrisiken

Das Rechtsrisiko umfasst die potenziellen Verluste aus der unzureichenden Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage, insbesondere aufgrund belastender gerichtlicher oder behördlicher Entscheidungen sowie nachteiliger Gesetzesänderungen. Darüber hinaus umfasst das Rechtsrisiko Verluste aus einer unklaren Rechtslage sowie aus nachteiligen vertraglichen Regelungen. Die Versorgungskasse versucht, Risiken aus externen Ereignissen, zu denen sie auch Risiken aus neuen gesetzlichen Regelungen oder für sie ungünstigen Auslegungen durch Gerichte zählt, durch ständige Beobachtung des Branchenumfelds frühzeitig zu erkennen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Sonstige Risiken

Den sonstigen Risiken begegnet die Versorgungskasse mit einem regelmäßig durchgeführten Risikokontrollprozess, indem die Risiken identifiziert, analysiert, bewertet, gesteuert, intensiv überwacht und kommuniziert werden.

Die Versorgungskasse muss alle geltenden IT-relevanten regulatorischen Vorgaben, insbesondere die Versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT (VAIT) bis einschließlich zum 16.01.2025, einhalten. Regelmäßige interne und externe Prüfungen bewerten den Stand der Compliance und identifizieren Nachholbedarfe. Von besonderem Interesse sind die Bereiche Informationsrisikomanagement (IRM), für den alle Nachholbedarfe geschlossen werden konnten sowie Berechtigungsmanagement (Identity Access Management bzw. IAM), für den das dedizierte Projekt voraussichtlich im Jahr 2027 abgeschlossen sein wird.

Mit der Einhaltung der regulatorischen Anforderungen, insbesondere auch des ab dem 17.01.2025 einzuhaltenden Digital Operational Resilience Act (DORA), begegnet die Versorgungskasse den Risiken aus der Digitalisierung und Automatisierung, aber auch der Ausgliederung von Prozessen.

Zusammenfassende Darstellung der Chancen- und Risikolage

Zusammenfassend sieht die Versorgungskasse unter Berücksichtigung der ergriffenen Maßnahmen derzeit keine Entwicklungen, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Versorgungskasse bestandsgefährdend beeinträchtigen. Die aufgeführten Einzelrisiken sind mit den auf den Weg gebrachten Maßnahmen ausreichend abgedeckt. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich, auch unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, keine wesentlich veränderte Risikolage der Versorgungskasse.

Die in diesem Bericht gemachten Aussagen und Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung werden unter dem Vorbehalt getroffen, dass neben den hier aufgeführten Risiken bisher nicht prognostizierte schwerwiegende Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbssituation auf den internationalen Finanzmärkten einen erheblichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und -ergebnisse haben können. Nicht prognostizierte Veränderungen können insbesondere aus einer Eskalation von geopolitischen Konflikten und aus Gesetzesänderungen resultieren.

Die aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden weiterhin erfüllt.

Ausblick

Wesentliche Veränderungen in der Geschäftstätigkeit der Versorgungskasse sind nicht beabsichtigt. Mit der aktuellen Struktur unseres Kapitalanlagenbestandes und der laufenden Durchschnittsverzinsung von 2,75 % im Geschäftsjahr 2024 sehen wir einen gewissen Anpassungsbedarf, um für unsere Versorgungsberechtigten nachhaltig gute Ergebnisse zu erzielen, die auch in Zukunft einerseits Leistungserhöhungen möglich machen und andererseits unsere Rücklagen stärken, sodass die Versorgungskasse dauerhaft und zuverlässig ihr Versorgungsversprechen wie erwartet einhalten kann.

Wir werden daher in 2025 eine Bestandsimmobilie veräußern und den Verkaufserlös einerseits nutzen, um die derzeit hohen Zinsen auf dem Kapitalmarkt für Reinvestitionen in festverzinsliche Wertpapiere zu nutzen und andererseits weitere planmäßige Investitionen in unsere Bestandsimmobilien vorzunehmen, um auch in Zukunft attraktive Objekte zu guten Renditen vermieten zu können. Durch den Verkauf einer Bestandsimmobilie erwarten wir außerdem für das Jahr 2025 einen besonders hohen Rohüberschuss, der unsere RfB stärken und unsere Solvenzquote weiter verbessern wird. 2026 wird ein normales Jahr werden in dem unser Rohüberschuss ein durchschnittliches Ergebnisniveau erreichen wird.

Die Risiken, unsere Ziele in den kommenden zwei Jahren nicht zu erreichen, liegen in möglichen negativen Entwicklungen an den Finanzmärkten, außergewöhnlichen Risikoereignissen und Veränderungen in der handels- und aufsichtsrechtlichen Gesetzgebung.

Die Prognosen sind von der erhöhten Unsicherheit resultierend aus der weiteren Entwicklung des Krieges von Russland in der Ukraine geprägt. Auch der Fortgang des Nahostkonflikts wird erwartungsgemäß für zusätzliche Unsicherheit auf den globalen Märkten sorgen. Die Ergebnisse der Wahlen in den USA sowie in Deutschland sorgen darüber hinaus für politische Veränderungen. Die erwarteten Konsequenzen für die Kapitalmärkte sowie Einflüsse auf die Wirtschaft sind zum aktuellen Zeitpunkt nicht quantifizierbar, es ist jedoch bereits deutlich, dass insbesondere das Wahlergebnis in den USA die globalen Wirtschaftsentwicklungen und Investitionsentscheidungen beeinflusst. Wir werden dies eng beobachten und unsere Entscheidungen daran ausrichten. Unsere Versorgungskasse hat kein Geschäft in der Ukraine, in Russland, im Nahen Osten oder in den USA gezeichnet und hält auch keine Kapitalanlagen in diesen Ländern. Entsprechend ergeben sich für unseren Verein derzeit keine direkten Risiken im Zusammenhang mit unserem Pensionskassengeschäft oder unserer Kapitalanlage. Sekundäreffekte am globalen Kapitalmarkt oder auf die volkswirtschaftliche Entwicklung betreffen aber auch unseren Verein, wie alle anderen Marktteilnehmer.

Der Geschäftsverlauf unserer Versorgungskasse war in den ersten vier Monaten bezogen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage insgesamt planmäßig.

Köln, den 24.04.2025

Der Vorstand



Henk



Hildebrand



Dieckmann



Hippler

Anlage zum Lagebericht

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen im Geschäftsjahr 2024

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	257	342	582	594	8.055.041,71
II. Zugang während des Geschäftsjahres:					
1 Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	-	-	21	28	212.137,71
2 sonstiger Zugang	-	-	-	-	112.627,75
3 gesamter Zugang	-	-	21	28	324.765,46
III. Abgang während des Geschäftsjahres:					
1 Tod	-	1	20	15	279.163,68
2 Beginn der Altersrente	21	27	-	-	-,-
3 Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	-	1	-	-	-,-
4 Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-	-	-	-,-
5 Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	-	-	-	-	-,-
6 Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	-	-	-	-	-,-
7 sonstiger Abgang	-	-	-	-	-,-
8 gesamter Abgang	21	29	20	15	279.163,68
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	236	313	583	607	8.100.643,49
davon					
1 beitragsfreie Anwartschaften	236	313			
2 in Rückdeckung gegeben	-	-			

Hinterbliebenenrenten					
Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
			Witwen	Witwer	Waisen
Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Euro	Euro
189	38	6	935.421,91	130.224,59	1.207,80
14	5	1	72.763,87	20.833,15	292,87
-	-	-	12.942,70	1.823,17	16,92
14	5	1	85.706,57	22.656,32	309,79
19	1	-	111.253,92	3.778,67	-,-
-	-	-	-,-	-,-	-,-
-	-	-	-,-	-,-	-,-
-	-	1	-,-	-,-	292,87
-	-	-	-,-	-,-	-,-
-	-	-	-,-	-,-	-,-
-	-	-	-,-	-,-	-,-
19	1	1	111.253,92	3.778,67	292,87
184	42	6	909.874,56	149.102,24	1.224,72

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024

Bilanz zum 31. Dezember 2024

Aktiva

Bilanz zum 31. Dezember 2024				
Aktiva			2024	2023
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		10.797.643,42		11.061.323,75
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	58.523.433,99			58.808.747,78
2. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen 62.000.000,00				
b) Schuldscheinforderungen und Darl. 13.325.110,78	75.325.110,78			80.385.115,29
3. Einlagen bei Kreditinstituten	1.082.049,74			35.005,77
		134.930.594,51		139.228.868,84
			145.728.237,93	150.290.192,59
B. Forderungen				
I. Sonstige Forderungen			349.572,03	1.191.428,04
davon:				
aus Steuern 225,85 EUR (Vorjahr: 102.263,48 EUR)				
C. Sonstige Vermögensgegenstände				
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			41.690,43	191.759,97
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
Abgegrenzte Zinsen und Mieten			2.530.083,67	2.646.278,95
Summe der Aktiva			148.649.584,06	154.319.659,55

Bestätigungsvermerk des Treuhänders

Gemäß § 128 Abs. 5 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Köln, den 18. März 2025



Gero Tüchan
Treuhänder

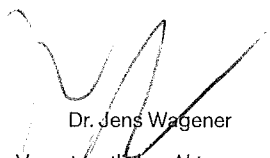
Passiva

Bilanz zum 31. Dezember 2024			
Passiva		2024	2023
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital			
Gewinnrücklagen			
Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		6.878.215,20	6.862.536,31
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung	134.598.674,66		137.836.171,17
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	4.355,10		2.892,85
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	6.693.972,63		8.482.569,00
		141.297.002,39	146.321.633,02
C. Andere Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		3.881,86	46.377,00
D. Andere Verbindlichkeiten			
Sonstige Verbindlichkeiten		470.484,61	1.089.113,22
davon: aus Steuern - EUR (Vorjahr: - EUR)			
Summe der Passiva		<u>148.649.584,06</u>	154.319.659,55

Bestätigungsvermerk des Verantwortlichen Aktuars

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 07.11.2016 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

Köln, den 11. März 2025


Dr. Jens Wagener
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

		2024	2023
	EUR	EUR	EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung		1.929.706,40	1.063.540,45
2. Erträge aus Kapitalanlagen:			
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.079.615,86		1.434.852,12
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	4.265.515,94		4.465.607,86
	5.345.131,80		5.900.459,98
b) Erträge aus Zuschreibungen	-		63.281,00
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	61.145,00		313.145,61
		5.406.276,80	6.276.886,59
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	9.233.930,46		9.191.075,27
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	1.462,25		-5.986,64
		9.235.392,71	9.185.088,63
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
Deckungsrückstellung		3.237.496,51	3.969.222,39
5. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen		141.110,03	1.027.063,06
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb			
Verwaltungsaufwendungen		82,86	73,92
7. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	1.017.370,43		741.565,31
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	263.680,33		263.680,35
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	7.648,36		25.288,79
		1.288.699,12	1.030.534,45
8. Versicherungstechnisches Ergebnis		-91.805,01	66.889,37

Fortsetzung		2024	2023
	EUR	EUR	EUR
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	106.213,51		61.286,68
2. Sonstige Aufwendungen	519,66		14.057,93
		105.693,85	47.228,75
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		13.888,84	114.118,12
4. Sonstige Steuern		-1.790,05	-
5. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		15.678,89	114.118,12
6. Einstellung in Gewinnrücklagen: in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		-15.678,89	-114.118,12
6. Bilanzgewinn		0,00	0,00

Anhang

Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB und VAG sowie den für Versicherungsunternehmen geltenden Sondervorschriften aufgestellt.

Die Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden gemäß § 341b Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen mit den fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt. Danach sind außerplanmäßige Abschreibungen nur dann durchzuführen, wenn es sich um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelt.

Für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere erfolgte die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen mit den fortgeführten Anschaffungskosten. Sich ergebende Agien wurden linear über die Restlaufzeit amortisiert. Bei den Inhaberschuldverschreibungen ohne Endfälligkeit wurde das Agio im Geschäftsjahr über die Zinsbindungsfrist amortisiert. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wird auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Zur Feststellung, ob eine voraussichtlich dauernde Wertminderung vorlag, wendeten wir systematische Methoden gemäß IDW RS VFA 2 an. Indizien für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung waren u.a. der Umfang und die Dauer der Wertminderung. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet.

Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wird bei Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Abschreibungsbetrag im Rahmen einer Einzelfallprüfung festgelegt. Die Versorgungskasse hat bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauernden Wertminderung in Bezug auf Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Bonitätsprüfungen der Emittenten sowie die Entwicklungen von Ratings herangezogen. Die stillen Lasten stellten nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB keine voraussichtlich dauernde Wertminderung dar. Daher waren Abschreibungen nicht erforderlich. Die Gesellschaft rechnete aufgrund der Bonität der Emittenten nicht mit Zahlungsausfällen.

Namenschuldverschreibungen wurden gemäß § 341c Abs. 1 HGB mit dem Nennbetrag abzüglich Tilgungen bewertet. Das Verfahren zur Ermittlung einer dauernden Wertminderung entsprach demjenigen von Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten angesetzt. Das Verfahren zur Ermittlung einer dauernden Wertminderung bei Schuldscheinforderungen und Darlehen entsprach demjenigen von Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Die Bewertung der Einlagen bei Kreditinstituten erfolgte zum Nominalwert.

Die sonstigen Forderungen wurden mit dem Nennwert bilanziert.

Die Deckungsrückstellung wurde entsprechend der Festlegungen des genehmigten Geschäftsplans einzelvertraglich nach der prospektiven Methode mit einem Rechnungszins von 3,5 % und unter Verwendung von modifizierten Richttafeln 2005 G von Heubeck als biometrische Grundlage berechnet.

In der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurden die noch nicht ausgezahlten Leistungen für Versicherungsfälle, die bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind und bei der Bestandsfeststellung bekannt waren, für jeden Versicherungsfall einzelvertraglich ermittelt.

Der Ansatz der anderen Verbindlichkeiten erfolgte mit dem Erfüllungsbetrag.

Sonstige nicht einzeln aufgeführte Aktiva bzw. Passiva wurden mit dem Nominalbetrag bzw. Erfüllungsbetrag angesetzt.

Entwicklung der Aktivposten A I bis II im Geschäftsjahr 2024

	Bilanzwerte 01.01.2024 EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR
A. I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken:	11.061.323,75	-	-
A. II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	58.808.747,78	4.781.083,01	-
2. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	67.000.000,00	-	-
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	13.385.115,29	-	-
3. Einlagen bei Kreditinstituten	35.005,77	1.047.043,97	-
Summe A II.	139.228.868,84	5.828.126,98	-
Insgesamt	150.290.192,59	5.828.126,98	-

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte 31.12.2024
EUR	EUR	EUR	EUR
-	-	-263.680,33	10.797.643,42
-5.066.396,80	-	-	58.523.433,99
-5.000.000,00	-	-	62.000.000,00
-60.004,51	-	-	13.325.110,78
-	-	-	1.082.049,74
-10.126.401,31	-	-	134.930.594,51
-10.126.401,31	-	-263.680,33	145.728.237,93

Angaben zur Bilanz

Aktiva

A. Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen ist im Einzelnen auf Seite 24 und 25 dargestellt. Hierzu werden ergänzend nachstehende Angaben gemacht:

I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Bei den im Bestand befindlichen Grundstücken handelt es sich um zwei Grundstücke mit Wohnbauten und um drei Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten, die fremdgenutzt sind.

Zeitwerte der Kapitalanlagen

	Bilanzwerte 31.12.2024 EUR	Zeitwerte 31.12.2024 EUR	Bilanzwerte 31.12.2023 EUR	Zeitwerte 31.12.2023 EUR
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.797.643,42	20.840.000,00	11.061.323,75	21.350.000,00
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	58.523.433,99	53.966.504,47	58.808.747,78	55.654.653,19
Sonstige Ausleihungen	75.325.110,78	82.274.056,62	80.385.115,29	88.609.344,86
Einlagen bei Kreditinstituten	1.082.049,74	1.082.049,74	35.005,77	35.005,77
Summe	145.728.237,93	158.162.610,83	150.290.192,59	165.649.003,82
Unterschiedsbetrag zum Bilanzwert		12.434.372,90		15.358.811,23

Bei den Grundstücken erfolgte die Ermittlung der Zeitwerte im Geschäftsjahr durch unabhängige Sachverständige auf Basis des jeweiligen Ertragswertes in Anlehnung an die Grundsätze der Immobilienwertermittlungsverordnung vom 14. Juli 2021.

Für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden die Zeitwerte anhand der Börsenkurse am Stichtag ermittelt.

Die Zeitwertermittlung für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte auf Grundlage unterschiedlicher Zinsstrukturkurven, unter Berücksichtigung der Restlaufzeit und der Bonität, nach einem finanzmathematischen Bewertungsverfahren.

Bei den Einlagen bei Kreditinstituten wurde als Zeitwert der Buchwert herangezogen.

Der Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen entsprechend § 54, § 55 und § 56 RechVersV betrug 89.196.858,42 Euro (Vorjahr: 91.718.004,80 Euro).

Der Zeitwert der zum Nennwert ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen entsprechend § 54 und § 56 RechVersV betrug 67.883.702,67 Euro (Vorjahr 73.895.993,25 Euro).

Die Gesamtsumme der Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen betrug 145.728.237,93 Euro (Vorjahr 150.290.192,59 Euro); der Zeitwert dieser Anlagen belief sich auf 158.162.610,83 Euro (Vorjahr 165.649.003,82 Euro), so dass sich ein positiver Saldo von 12.434.372,90 Euro (Vorjahr 15.358.811,23 Euro) ergab.

Die Buchwerte der Inhaberschuldverschreibungen, die wie Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB zweiter Halbsatz bilanziert wurden, betrugen 58.523.433,99 Euro (Vorjahr 58.808.747,78 Euro).

Für die zu den Kapitalanlagen gehörenden Finanzinstrumente, für welche die Abschreibung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB unterblieben ist, betrug der Buchwert 37.147.320,87 Euro (Vorjahr 31.855.730,50 Euro); der Zeitwert betrug 31.181.575,25 Euro (Vorjahr 26.834.996,57 Euro).

Euro). Die Abschreibung ist unterblieben, da die Wertminderungen nicht als dauernd eingeschätzt wurden. Wir erachten die Wertminderung als zinsinduziert und nicht bonitätsinduziert.

Dadurch waren im laufenden Geschäftsjahr Abschreibungen in Höhe von 5.965.745,62 Euro (Vorjahr 5.020.733,93 Euro) nicht erforderlich.

Gemäß Satzung entscheidet die Vertreterversammlung aufgrund von Informationen und Vorschlägen des Verantwortlichen Aktuars über eine Beteiligung der Versorgungsberechtigten an den Bewertungsreserven der Kapitalanlagen.

B. Forderungen

Sonstige Forderungen

Bei den sonstigen Forderungen handelt es sich überwiegend um Mietforderungen und Mietnebenkosten.

Passiva

A. Eigenkapital

Gewinnrücklagen

Verlustrücklage gemäß § 193 VAG

EUR

Stand am 31.12.2023	6.862.536,31
Zuführung des Jahresüberschusses	15.678,89
Stand am 31.12.2024	<u>6.878.215,20</u>

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

I. Deckungsrückstellung

EUR

Stand am 31.12.2023 lt. versicherungsmathematischer Berechnung	137.836.171,17
Veränderung der Deckungsrückstellung in 2024	-3.237.496,51
Stand am 31.12.2024 lt. versicherungsmathematischer Berechnung	<u>134.598.674,66</u>

II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Es handelt sich um Rückstellungen für fällige, aber noch nicht ausgezahlte Rentenzahlungen.

III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

EUR

Stand am 31.12.2023	8.482.569,00
Entnahme im Geschäftsjahr	1.929.706,40
Zuführung im Geschäftsjahr	141.110,03
Stand am 31.12.2024	<u>6.693.972,63</u>

davon entfallen auf:

a) bereits festgelegte aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	1.009.490,06
b) den ungebundenen Teil (Rückstellung für Beitragsrückerstattung ohne den Buchstaben a)	5.684.482,57

Die für die Überschussbeteiligung des Folgejahres erforderlichen Mittel werden zum 01.01.2025 der RfB entnommen und der Deckungsrückstellung zugeführt.

C. Andere Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen

Es handelt sich um Rückstellungen für Instandhaltungsmaßnahmen.

D. Andere Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten

Es handelt sich überwiegend um Verbindlichkeiten in Form von Mietnebenkosten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Beiträge

Es werden ausschließlich beitragsfreie Einzel-Pensionsversicherungen im Bestand geführt.

Nettoergebnis aus Kapitalanlagen

	2024	2023
	EUR	EUR
Erträge aus Kapitalanlagen	5.406.276,80	6.276.886,59
Aufwendungen für Kapitalanlagen	1.288.699,12	1.030.534,45
Nettoergebnis aus Kapitalanlagen	4.117.577,68	5.246.352,14

Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung

Bei den Aufwendungen in Höhe von 141.110,63 EUR (Vorjahr: 1.027.063,06 EUR) handelt es sich ausschließlich um erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung.

Honorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für die Durchführung der Jahresabschlussprüfung für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar wird von der DHAG übernommen.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Versorgungskasse ist gem. § 5 Abs. 1 Nr. 4 KStG und § 5 Abs. 1 Nr. 3 KStG steuerbefreit.

Allgemeine Angaben

Identifikation des Vereins

Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften Versicherungsverein a.G.,

Deutzer Allee 1, 50679 Köln

Sitz der Versorgungskasse: Köln

Organe

Die Angaben zu den Mitgliedern des Aufsichtsrates und des Vorstandes sind auf Seite 2 aufgeführt. Sie sind ehrenamtlich für die Versorgungskasse tätig, der Versorgungskasse entstanden somit daraus keine Ausgaben. Kredite an Organmitglieder wurden nicht gewährt.

Mitarbeiter

Die Versorgungskasse beschäftigt keine Mitarbeiter. Die Verwaltungsleistungen wurden im Wesentlichen von Unternehmen der Zurich Gruppe Deutschland erbracht; darüber hinaus wurden weitere Dienstleistungen von anderen Unternehmen erbracht. Die für diese Leistungen zu zahlenden Vergütungen wurden von den Trägerunternehmen übernommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum 31.12.2024 bestanden keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

Sonstige Angaben

Vorgänge nach dem Schluss des Geschäftsjahres, die auf die Lage unserer Kasse von erheblichem Einfluss sein könnten, sind nicht eingetreten.

Köln, den 24.04.2025

Der Vorstand



Henk



Hildebrand



Dieckmann



Hippler